



LINKE Nachrichten aus der Oder-Spree-Kreis

- Der Kreistag am 23. Juni in Palmnicken *Seite 4*
- Schöneiche: Vorfahrt für Fahrrad- und Fußverkehr in der Berliner Straße *Seite 6*
- Eisenhüttenstadt: Danke, geklatscht wurde genug! *Seite 7*



Internationale Solidarität

- SODI: „Eure Aktion am 28. Mai 2020 war eine prima Idee und Ansporn für die weitere Arbeit.“ *Seite 10*
- Cuba Sí: Kuba beim Helfen helfen! *Seite 11*
- Antwort von Dr. Diether Dehm *Seite 11*

Atomwaffen abschaffen. Jetzt!

DIE LINKE fordert von Bundesregierung: Atomwaffenverbotsabkommen von 2017 unterzeichnen!



*Am 9. August 2018, dem Nagasaki-Gedenktag, fand der Abschluss der 20-wöchigen Aktionspräsenz der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt“ statt. Seit dem 26. März protestierten Friedensaktivist*innen für den Abzug der in Büchel stationierten Atomwaffen.*

Quelle: atomwaffenfrei.de, Foto: Netzwerk Friedenskooperative

Am 6. und 9. August 1945 haben die USA die ersten Atombomben über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki abgeworfen und in einer Höhe von 500 bis 600 Meter über der Erdoberfläche gezündet. Die Schäden der Explosionen von „Little Boy“ und „Fat Man“, so wurden die Bomben genannt, waren verheerend. 80000 Menschen, fast ausschließlich zivile Opfer, starben in Hiroshima sofort. In Nagasaki starben über 70000 durch die unmittelbare Explosion. Bei den Menschen im Innenstadtbereich waren die oberen Hautschichten fast vollständig verbrannt durch die Explosionshitze. Bis Ende 1945 starben weitere 130000 Menschen. Die Spätfolgen der radioaktiven Strahlungen

sind bis heute nicht abgeklungen. Gerüchte über den möglichen Abwurf einer dritten Bombe auf Tokyo wurden nie entkräftet. Doch dazu kam es nicht mehr.

Die Entwicklung der Atombombe fand unter großer Geheimhaltung statt und war eines der Wettrennen zwischen den gegnerischen Großmächten des zweiten Weltkriegs, auch innerhalb der Anti-Hitler-Allianz. Sie endete schlagartig mit den Abwürfen im August 1945, durch die Kapitulation Japans am 2. September endete der zweite Weltkrieg im Pazifik. Die Abwürfe hatten eine politische Kettenreaktion zur Folge, fortan fühlte sich nur derjenige sicher, der über eigene Kernspaltungswaffen verfügte. Die nukleare Rüs-

tungsspirale war zugleich der Einstieg in das Gleichgewicht des Schreckens, die zentrale Strategie des Kalten Kriegs. Die Abwürfe waren ebenfalls die Geburtsstunde des weltweiten öffentlichen Protests gegen Atomwaffen und ihren Einsatz und ein erster Erfolg war das Verbot der Atomwaffenversuche durch einen Vertrag von 1963, die nach den zahlreichen oberirdi-



Foto: DIE LINKE im Bundestag

von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundes-
tages, Landesliste
Brandenburg

Kontakt:

Deutscher Bundes-
tag, Platz der Repu-
blik 1, 11011 Berlin
• Telefon:
(030) 227-7 26 75
• Fax:
(030) 227-7 66 75
• E-Mail:
thomas.nord@
bundestag.de
• Internet: [https://
thomas-nord.de](https://thomas-nord.de)

Wahlkreisbüro:

Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Glen Dammann,
Tel.: (033 61) 34 26 18
Fax: (033 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.
nord.ma06@bun-
destag.de

schen Tests nur noch unterirdisch durchgeführt werden durften. Doch die radioaktiven Verseuchungen und Folgeschäden blieben in allen Testgebieten und ihren Umgebungen sehr hoch und wurden z.B. in Milchzähnen von Kindern nachgewiesen.

Nach dem Ende des Gleichgewichts des Schreckens, in dem sich zwei eher rational agierende Zentren feindlich gegenüberstanden und bedrohten, erhöht heute die Proliferation der Atomwaffen die Gefahr von Atombombeneinsätzen weltweit. Immerhin wurde 1996 weitergehend als in dem ersten Vertrag ein vollständiger Stopp der Atomwaffenversuche durch die Vereinten Nationen vertraglich beschlossen. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Vertrag 1998 ratifiziert. Aber es gibt auch immer noch Staaten, die den Vertrag nicht unterschrieben haben, unter anderem USA, China, Nordkorea, Indien, Pakistan, Israel und Iran. Die Verweigerungen der Ratifizierung durch diese Länder weisen auf neuralgische globale Konfliktpunkte, z.B. im politischen Verhältnis zwischen USA und Nordkorea/China, Indien und Pakistan oder USA/Israel und Iran. Sie zeigen, dass die Gefahr eines nuklearen Krieges nach wie vor nicht gebannt ist. Positiv gesehen zeigen beide Verträge, dass es auf globaler Ebene möglich ist, zu umfassenden Abkommen zu gelangen. Es waren auch Erfolge, die durch den anhaltenden politischen Protest in der Zivilgesellschaft erreicht wurden. Diese

hatten bislang jedoch nur die Erprobung von neuen Waffengenerationen zum Gegenstand, nicht die Herstellung und ihre Verbreitung.

Im Jahr 2015 wurde nach langen mühseligen Verhandlungen zwischen Iran und der Gruppe der 5 plus 1 (China, USA, Russland, Deutschland, United Kingdom und Frankreich) der „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA) geschlossen. Es geht darin um den Verzicht Irans auf die Anreicherung von Uran und die Herstellung eigener Bomben. Durch die einseitige Kündigung des „Iran-Deals“ durch Donald Trump am 8. Mai 2018 ist die Kriegsgefahr gestiegen, nicht gesunken. Anfang August 2019 hat die US-Regierung den „Intermediate Range Nuclear Forces Vertrag“ (INF-Vertrag) von 1988 gekündigt, der von Reagan und Gorbatschow unterschrieben wurde. Damit haben die USA unter Trump ein zweites Stück nuklearer Rüstungskontrolle völlig unnötig über Bord geworfen. Ein verbales „sich-auf-die-Brust-trommeln“ zwischen Trump und Putin war die Folge. Russland drohte, Atomraketen in Venezuela oder Kuba vor der Haustür der USA aufzustellen. Die USA drohten, Atomraketen in Zentral- oder Osteuropa vor der Haustür Russlands aufzustellen. Man fühlte sich kurzzeitig an den Beginn der 1960er und die Kuba-Krise erinnert, die die Welt an den Rand eines Dritten Weltkriegs brachte.

Doch es gibt auch positive Signale, im Juli 2017 wurde von den Vereinten Nationen durch 122 von 193

Staaten ein Abkommen zum Verbot von Atomwaffen angenommen, das seit September 2017 unterschrieben werden kann. Die International Campaign to abolish Nuclear Weapons (ICAN) war seit ihrer Gründung 2007 eine der treibenden Kräfte des Abkommens. Mit der Anerkennung des Vertrags verpflichten sich Staaten, keine Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem sind den unterzeichnenden Staaten nach der Ratifizierung die Weitergabe, die Lagerung und der Einsatz sowie die Drohung des Einsatzes gegenüber anderen Staaten verboten. Die Stationierung von Atomwaffen auf dem eigenen Boden ist verboten. Der Vertrag wurde bis zum Juli 2020 von 81 Staaten unterzeichnet, 40 Staaten haben ihn ratifiziert. Es müssen ihn aber mindestens 50 Staaten bei den Vereinten Nationen ratifizieren, damit er in Kraft tritt.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, das Abkommen zum Verbot von Atomwaffen von 2017 schnellstmöglich zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Sie fordert die Bundesregierung auf, die EU-Ratspräsidentschaft dafür zu nutzen, dass alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dem Abkommen beitreten und es ratifizieren. Der Besitz und Einsatz von Atomwaffen muss 75 Jahre nach den Abwürfen der Bomben auf Hiroshima und Nagasaki endlich vollständig verboten werden.

NACHRICHT

Bilder einer Ausstellung, die Unfassbares zeigen (von Jürgen Sobeck, SODI-Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS)

Es gibt Ereignisse in der Menschheitsgeschichte, deren grausames Geschehen nie in Vergessenheit



geraten darf. Hiroshima und Nagasaki sind Synonyme, die für Tod und Verderben stehen. 75 Jahre ist es her, als US-Atombombenabwürfe in beiden japanischen Städten über 200 000 Menschen töteten und verstümmelten. Jahrzehnte später wurden Menschen in Tschernobyl und Fukushima durch Reaktorkatastrophen getroffen. Für alle vier Namen steht unvorstellbares Leid, das für Generationen von Strahlenopfern nie zu Ende geht. Katastrophen unterschiedlichster Art gehen irgendwann zu Ende. Die für Generationen von Strahlenopfern jedoch bis heute nicht.

Am 17. Juli wurde in der Marienkirche Frankfurt (Oder) eine Ausstellung der Friedensbibli-

othek Berlin mit dem Titel „Erinnerung an die Zukunft“ eröffnet. Sie wurde initiiert von SODI (Solidaritätsdienst International) und wird mitgetragen vom Frankfurter Friedensnetz. Mit bedrückenden schwarz-weiß Fotos ruft sie jene grauenhaften Ereignisse ins Gedächtnis zurück. Ergänzt werden diese Fotos, deren Ausdrucksstärke für sich spricht, durch Zitate von Opfern und Verantwortungsträgern unterschiedlicher Bereiche. Erinnern, um dem Vergessen vorzubeugen, ist Teil der Botschaft dieser Ausstellung. In Anbetracht eines neuen atomaren Wettrüstens und der mit der Atomkraft verbundenen Risiken soll sie berührend und eindringlich zugleich anregen zu Gesprächen und kriti-

scher Auseinandersetzung. Besonders junge Menschen wollen wir erreichen. Die Älteren mit ihrer Lebenserfahrung sollten dabei helfen, den Blick auf das in der Ausstellung Gezeigte zu schärfen. Es geht um die Verantwortung der heute Lebenden für nachfolgende Generationen. Bis zum 4. September 2020, täglich von 10 bis 18 Uhr, kann diese Exposition besichtigt werden.

Dem Aufmerksammachen und Erinnern dienen auch am Hiroshima-Tag, dem 6. August, von 14 bis 16 Uhr, eine Mahnwache am Odeturm Frankfurt (Oder) sowie am 17. Juli eine Gedenkveranstaltung in der Marienkirche und der anschließende Friedensweg zu Friedensglocke an der Oder.

Handelskrieg USA–China

von
Thomas Nord,
MdB

Digitale Geopolitik, Deutschland, die Neue Seidenstraße, das Digitale Netzwerk

Mit Blick auf die Mitte des 21. Jahrhunderts deutet sich eine weitreichende machtpolitische Kräfteverschiebung an. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Xi Jinping, hat 2013 mit dem Vorhaben zu einer Neuen Seidenstraße ein globales Projekt vorgestellt, das derzeit konkurrenzlos ist. Es soll ein Handelsnetzwerk zwischen Asien, Europa und Afrika werden, mit dem China seinen politischen Einfluss ausbauen möchte und es soll räumlich in Europa bis an den italienischen Stiefel und den griechischen Hafen von Piräus reichen. Diese Initiative trifft auf einen politisch fragilen Westen, der seinen Zenit überschritten hat, selbst ein Zerbrechen des transatlantischen Bündnisses in zwei Bündnisse (USA und United Kingdom auf der einen Seite und ein kontinentale Europäische Union auf der anderen) wird derzeit auf Grund innerer Konflikte nicht ausgeschlossen.

Die Bundeskanzlerin hat wiederholt erklärt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika keine verlässliche Bündnismacht mehr wären. Der ehemalige SPD-Außenminister Sigmar Gabriel und heutige Vorsitzende der Atlantikbrücke hat den gleichen Ton angeschlagen. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat die NATO für Gehirntod erklärt. Dem ging eine Verlautbarung des US-Präsidenten Donald J. Trump voraus, die NATO sei obsolet, hinfällig. Eine der Konsequenzen dieses Streits sind die Bemühungen um den Aufbau einer europäischen Verteidigungsstruktur wie z.B. in der Permanenten Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) von 2017 oder das Deutsch-Französische Beistandsabkommen im Aachener Vertrag von 2019.

Dem realen Zerfall der NATO steht das Feindbild Russland gegenüber und die Wirkungskraft, die es auch auf die ehemaligen Länder der Sowjetunion hat, die heute Mitglied der Europäischen Union und der NATO sind. Aber es ist die Verlängerung eines Feindbildes aus der Zeit des Kalten Kriegs und seinen Systemalternativen mit Hauptsitz in Washington oder Moskau. In diese Sichtweise passt der Streit um die Gaspipeline North Stream II.

Der Aufstieg der USA zur globalen Weltmacht war an die Kontrolle der Energiemärkte, vor allem im Nahen Osten, gekoppelt. Viele Kriege der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts finden hier ihren Ursprung. Die USA unter Trump setzen mit den jetzigen Sanktionsandrohungen gegen North Stream II auf Kontinuität, wo politische Innovation erforderlich wäre, um ihre Weltmachtstellung zu verteidigen.

Denn in der vordersten Linie wird politisch-ökonomische Hegemonie nicht mehr mit der Verfügungsgewalt über Energie als Ressource entschieden, sondern mit der technologischen Verfügungsgewalt über Digitale Netze und ihre Steuerungshoheit. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der aktuellen Debatte über China als möglicher Bedrohung und des damit begründeten Handelskriegs, die digitale Verfügungsgewalt ist für die globale Vormachtstellung entscheidend geworden. Aus diesem Grunde wird z.B. so hart um die Zulassung von Huawei als 5G-Netzbetreiber in Deutschland gefochten. Dahinter verbergen sich ängstliche Fragen in unsicheren Zeiten: Werden die zentralen Internetserver und z.B. Verkehrsleitsysteme (Hardware und Software) für Deutschland und die EU in zehn oder zwanzig Jahren von den USA oder von China kontrolliert? Was folgt daraus für das derzeit fragile politische System des Westens? Kann sich der westliche Liberalismus behaupten oder setzt sich der chinesische Kommunismus durch?

Die USA werden auch mit einem Wahlsieg des 1942 geborenen Demokraten Joe Biden die zurückliegende Wahlperiode nicht revidieren können, Donald Trump ist nur ein Resultat von längeren Entwicklungen. Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas ging mit dem Siegeszug der Digitalisierung einher und war von der Entstehung des amerikanischen Rostgürtels in der Autoindustrie begleitet. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in den USA werden sich zusätzlich bemerkbar machen. Daher ist es eher wahrscheinlich, dass der Handelskrieg zwischen den USA und China um die globale Vormachtstellung weitergeht und die Erzäh-

lung vom amerikanischen Traum weiter verblasst.

Fakt ist, Ende Dezember wird die Übergangsphase des Brexit auslaufen, der Ärmelkanal wird breiter und die Europäische Union kontinental. Damit geht eine weitere Schwächung des Neoliberalismus einher, der in der Tradition von Margaret Thatcher steht. All dies stellt nicht nur die Bundesregierung oder die Europäische Union vor neue Herausforderungen. Sie stellt auch DIE LINKE vor neue Fragen, die sie nicht aus den alten Gewissheiten des Kalten Kriegs beantworten sollte, wenn sie auf der Höhe der Zeit bleiben will.

NACHRICHT

„Bitte, vergesst Eure Atomwaffen nicht“

Nachricht von Dietmar Bartsch, Gregor Gysi, Sevim Dagdelen, Heike Hänsel, 30. Juli 2020

Mit dem Abzug von US-Truppen will Präsident Trump Deutschland dafür bestrafen, als NATO-Partner zu wenig fürs Militär auszugeben. Nun werden die Pläne der US-Regierung hierfür konkreter. Laut US-Verteidigungsminister Mark Esper sollen etwa 11 900 derzeit in der Bundesrepublik stationierte Soldaten verlegt werden. Man wolle den Teilabzug „so schnell wie möglich“ umsetzen.

Dietmar Bartsch begrüßt das: „Es ist gut, dass die USA beim Truppenabzug nun Nägel mit Köpfen machen. Bitte, vergesst Eure Atomwaffen nicht! Bund und Länder dürfen keine Zeit verstreichen lassen, um eine sinnvolle und nahtlose zivile Nutzung der ehemaligen US-Stützpunkte zu ermöglichen.“

Für **Sevim Dagdelen** ist der angekündigte Teilabzug „ein guter Tag für Frieden und Sicherheit in Europa“. Die Außenpolitikerin fordert US-Präsident Donald Trump auf, „die verbleibenden rund 23 000 US-Soldaten auch abziehen und die US-Atomwaffen gleich mitzunehmen. Eine Verlegung von US-Truppen aus Deutschland nach Osteuropa käme einer weiteren Eskalation seitens der US-Administration gegenüber Russland und einem offenen Bruch der Vereinbarungen der NATO mit Russland gleich. Die Bundesregierung muss gegenüber Washington darauf drängen, dass dieses Säbelrasseln der USA gegenüber Russland unterbleibt“.

„Von der Strafe kann ich gar nicht genug kriegen. Wenn der Trump nur in dieser Form straft, meinnetwegen“, kommentiert **Gregor Gysi** in der ARD-Tagesschau.

Fraktionsvizein **Heike Hänsel** appelliert: „Die Bundesregierung muss die vom Abzug betroffenen Regionen jetzt schnell mit einem zivilen Aufbaufonds unterstützen, um den Wegfall von Steuereinnahmen zu kompensieren und alternative Arbeitsplätze zu schaffen.“

Quelle: <https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten>

Aus der Linksfraktion im Landtag



von
Isabelle Vandré,
Mitglied des Landtages,
Wohnungs-
politische Sprecherin,
und
Fritz Viertel,
Referent für Wohnen
der Fraktion
DIE LINKE,
Foto: DiG/Thomas
Kläber

Öffentlicher Boden gehört in öffentliche Hand

Antrag der Linksfraktion abgelehnt

Grund und Boden ist eine unverzichtbare, aber begrenzte Ressource, die durch Spekulation und Preistreiberei zunehmend knapp und immer teurer wird. In Ahrensfelde explodierten die Grundstückspreise zuletzt in nur einem Jahr um 52 Prozent auf sagenhafte 320 Euro/m². Im Bernauer Ortsteil Schönower ist der Bodenpreis in den letzten zehn Jahren um 400 Prozent gestiegen! Selbst das berlinfernere Rathenow verzeichnet Preissteigerungen um ein Fünftel.

Spekulation und Preistreiberei auf dem Bodenmarkt werden zunehmend zum Problem. Denn ob Kindergärten und Schulen, bezahlbarer Wohnraum, Verkehrsinfrastruktur, regionale Lebensmittelversorgung, Schutz- und Erholungsgebiete für Mensch und Natur – all diese Angebote und Aufgaben können durch das Land sowie die Städte, Gemeinden und Landkreise nur dann für alle bezahlbar und zugleich von hoher Qualität erbracht werden, wenn dafür öffentlicher Grund und Boden ausreichend zur Verfügung steht.

Die ins astronomische wachsenden Grundstückspreise offenbaren den akuten Handlungsbedarf, wenn Land und Kommunen insbesondere beim sozialen Wohnungsbau handlungsfähig bleiben sollen. Es ist nicht akzeptabel, wenn in Brandenburg das dickste Portemonnaie darüber entscheidet, wer wo wohnen und leben darf. Für DIE LINKE gehört Boden in öffentliche Hand!

Deshalb brachte die Linksfraktion im Juni einen Antrag in den Brandenburger Landtag ein, der die Landesregierung zur Erarbeitung einer Bodensicherungsstrategie aufforderte. Bis zu deren Beschluss durch den Landtag sollten alle laufenden Grundstücksverkäufe – außer an Kommunen und gemeinnützige Träger – eingefroren werden.

Konkret forderte DIE LINKE im Landtag:

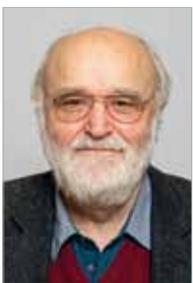
1. Einen Verkaufsstopp für landeseigene Grundstücke.
2. Die Nutzung landeseigener Grundstücke durch Dritte nur noch in Erbbaupacht zu sozi-

alen und ökologischen Bedingungen zuzulassen (mit Ausnahmen für Kommunen und gemeinwohlorientierte Träger).

3. Den systematischen Ankauf von Grund und Boden durch das Land für soziale und ökologische Zwecke.

Für die Regierungskoalition aus SPD, CDU und GRÜNEN ist das alles überflüssig. Sie lehnte die Vorschläge ab. Auch BVB/FREIE WÄHLER und AfD stimmten dagegen. Ein Redner der SPD meinte: „Hier stellen Sie die Systemfrage.“ Richtig! Denn für uns gehören Grund und Boden nicht auf die Finanzmärkte, sondern in öffentliche Hand. Die ausschließliche Grundstücksvergabe in Erbbaupacht oder die Einrichtung von Bodenfonds, sowie strategische Flächenankäufe, sind jedoch auch Mittel, die in den Kommunen zur Anwendung kommen können – wir müssen sie uns nur einfordern!

Aus dem Kreistag Oder-Spree



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-
Spree

Der Kreistag am 23. Juni in Palmnicken

Der Sitzungsort war eine Folge von Corona. Die Sporthalle des in der Trägerschaft des Landkreises befindlichen Oberstufenzentrums bot die erforderlichen Bedingungen für eine solche Sitzung. Dieser Kreistag erfreute sich jedoch auch aus einem anderen Grund einer überdurchschnittlichen medialen Aufmerksamkeit. Den Anlass dafür lieferte die Präsentation eines 76-seitigen Papiers mit dem sperrigen Titel „Ergebnisse der Steuerungsgruppe des Landkreises Oder-Spree zum Ansiedlungsvorhaben des Unternehmens Tesla und der „Gigafactory Berlin-Brandenburg““.

Daran mitgearbeitet haben neben der Kreisverwaltung die

Bürgermeister/Amtsdirektoren der kreisangehörigen Städte Erkner, Fürstenwalde, Storkow (Mark), der Gemeinden Grünheide (Mark), Schöneiche bei Berlin und Woltersdorf, sowie der Ämter Spreenhagen, Scharmützelsee und Odervorland. Ausschlaggebend für die Einbeziehung war die Erreichbarkeit der künftigen „Gigafactory Berlin-Brandenburg“ innerhalb von 20 Minuten mit dem Kfz. bzw. über die direkte Bahnlinienanbindung durch den RE 1.

Es ging also nicht um das „Für und Wider“ von Elektromobilität, um die Abwehr oder die Verteidigung einer Industrie-Ansiedlung im Landkreis sondern um die Fra-

ge, wie die betroffenen Kommunen mit den aus einer Ansiedlung erwachsenden Problemen umgehen können und welche Forderungen sie gegebenenfalls auch gegenüber dem Land aufmachen müssen. Darüber wird im Kreistag und in den Vertretungen der betroffenen kreisangehörigen Kommunen noch gründlich zu beraten sein.

Die Fraktion DIE LINKE.PIRATEN hatte für diesen Kreistag vier Probleme aufgerufen.

Die Entgelttarife am Krankenhaus Beeskow

Auf Antrag unserer Fraktion hatte der Kreistag bereits im Dezember 2019 – also vor Corona – beschlos-

sen, eine mittelfristige Angleichung der Entgelttarife am Krankenhaus Beeskow an den Tarif des öffentlichen Dienstes anzustreben,

Damals war grade ein sehr kurz laufender Tarifvertrag vereinbart worden, der nur bis Dezember 2020 läuft und ab September neu verhandelt werden soll. Dafür hatten wir beantragt, der Tarifangleichung nunmehr einen festen Termin zu geben und es nicht nur – wie in den letzten Wochen zu beobachten – mit Beifall für die Pflegekräfte zu belassen. Pate für diesen Antrag stand ein entsprechender Beschluss der Stadtverordneten von Potsdam für das dortige Bergmann-Klinikum.

Jetzt – wo es konkret wurde – bildete sich im Kreistag eine breite Front zur Ablehnung unseres Antrages. Die Gegenposition begann mit der schon ziemlich dümmlichen Argumentation, der Kreistag solle sich nicht in die Verhandlungen der Tarifpartner einmischen. Das setzt auf Unwissen, denn der Landkreis ist als Eigentümer und alleiniger Gesellschafter sehr wohl unmitttelbar im Boot.

Das andere Gegenargument: Das Oder-Spree-Krankenhaus als Einrichtung der Grundversorgung sei mit dem Bergmann-Klinikum in Potsdam nicht vergleichbar.

Das scheint formal zutreffend, beantwortet aber nicht die Frage, welcher Unterschied zwischen der Arbeit der Krankenschwestern an den Betten der Patienten in Potsdam und Beeskow eine ungleiche Bezahlung für gleiche Arbeit rechtfertigen soll?

Tatsächlich zeugt das Ganze davon, dass in der Bundesrepublik Deutschland das System der Krankenhausfinanzierung selbst krank ist. Es zielt eben nicht auf die Gesundheit der Menschen in den Versorgungsbereichen, es zielt auf die Umwandlung der Beiträge für die Krankenkassen in Konzernprofite. Durch diesen Mechanismus werden Krankenhäuser in einen Konkurrenzkampf getrieben, der am Ende auf dem Rücken der Patienten und der Beschäftigten in den Krankenhäusern ausgetragen wird.

Auf der Demo der Beschäftigten des Krankenhauses in Eisenhüttenstadt habe ich die sehr erhellen- de Frage gehört: Warum eigentlich gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keinen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für alle Krankenhäuser – unabhängig von

der Eigentumsform? Allgemeinverbindliche Tarifverträge sind schließlich kein kommunistisches Teufelszeug sondern kommen in der bundesrepublikanischen Tariflandschaft durchaus vor.

Für die anstehenden Tarifverhandlungen wünsche ich den Beschäftigten des Oder-Spree-Krankenhauses in Beeskow Kampfkraft, Stehvermögen und Erfolg. Wir sind und bleiben mit ihnen solidarisch.

LOS und MOL sollen im Bereich der Förderschulen kooperieren

Mit einem zweiten Antrag wollten wir erreichen, dass die Kreisverwaltung mit unseren Nachbarn im Landkreis Märkisch-Oderland (MOL) über eine Kooperation im Bereich der Förderschulen verhandeln soll. Im Zuge des sehr zu begrüßenden Neubaus einer Förderschule in Fürstenwalde soll die bestehende Einrichtung in Erkner geschlossen werden. Das wird für Kinder aus Schöneiche, Woltersdorf, Erkner eine gravierende Verlängerung der Schulwege bedeuten. Nun besuchen gegenwärtig auch Kinder aus MOL die Schule in Erkner. Da stellt sich schon die Frage, warum es nicht längerfristig eine Regelung geben kann, in der in umgekehrter Richtung mit MOL kooperiert wird.

Was wir im Kreistag erlebten, war dann die verbissene Verteidigung des bürokratischen Zuständigkeitsprinzips. Im Mittelpunkt steht hier der preußisch-brandenburgische Beamte, der seine Zuständigkeit verteidigt. Die Menschen – in diesem Falle die benachteiligten Kinder – sollen sich fügen. Die Gesetze sind nun einmal so. Wer Interesse hat, kann nach der Sommerpause die Ergebnisse der von uns beantragten namentlichen Abstimmung auf der Homepage des Kreistages nachlesen.

Darüber hinaus noch zwei Anfragen:

Die erste Frage betraf die Möglichkeit einer abgestuften kreislichen Reaktion auf das Infektionsgeschehen im Landkreis. Sie wurde durch den Umstand ausgelöst, dass in Friedland (im Übrigen bis heute – 8. Juli) keine Infektionen zu verzeichnen waren, dort aber die gleichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens galten, wie im gesamten Landkreis.

In seiner Antwort führte der Landrat aus: „Aus den erfassten Daten können keine eigenständigen Ent-

scheidungen abgeleitet werden. Die Maßnahmen zur Eindämmung des neuartigen Coronavirus SARS-Co-2 und COVID 19 sind in Brandenburg über die jeweils dem allgemeinen Infektionsgeschehen angepasste Eindämmungsverordnung des Landes bzw. über die seit 12. 06. 2020 gültige Umgangsverordnung geregelt und gelten für das gesamte Land Brandenburg. Der Landkreis hat diese Verordnung umzusetzen.“

Das ist – insbesondere nach den Diskussionen über unterschiedliche Verfahrensweisen in den Landkreisen – zu beachten.

Die zweite Frage betraf die Tätigkeit des KWU Entsorgung im Zusammenhang mit illegalen Müllablagerungen im öffentlichen Raum in Storkow.

Dazu wurde ausgeführt: Für die Ablagerungen auf Grundstücken trägt der Eigentümer abfallrechtlich die Verantwortung. Nach dem Brandenburgischen Abfallgesetz (BbgAbfBodG) sind im innerstädtischen Bereich grundsätzlich die Städte und Gemeinden zuständig.

Das KWU Entsorgung holt nur die in Abfallbehältern bereitgestellten Abfälle ab. Auch bei der Planung der Touren zur Sperrmüllentsorgung und der Abholung von Elektroschrott hat die Abholung der von den Bürgern angemeldeten Mengen Vorrang.

Alles in Allem: Kein guter Kreistag. Wir müssen weiter dicke Bretter bohren.

NACHRICHT

Kenia verschiebt Mindestlohn-Erhöhung

Die Erhöhung des Brandenburger Vergabemindestlohns auf 13 Euro pro Stunde verschiebt sich. Nun soll der Gesetzentwurf erst Ende des Jahres kommen. Schon wieder werden die BrandenburgerInnen von der Kenia Koalition enttäuscht und getröstet. Dabei geht es nicht um Peanuts, sondern um eine seit Jahren notwendige Lohnerhöhung für Tausende BrandenburgerInnen.

Gerade in Zeiten von Corona ist diese Erhöhung dringend notwendig, denn das Geld fehlt mehr denn je in vielen Haushalten mit geringem Einkommen. Eine Verschiebung mit den Belastungen im Ministerium rechtfertigen zu wollen, ist ein schlechter Witz. Viele Menschen müssen trotz Corona mit Mehrbelastungen klar kommen und können sich nicht raus reden.

Erst ab 13 Euro in der Stunde kann erreicht werden, dass Vollzeitarbeit unabhängig von staatlichen Leistungen die Existenz eines Alleinstehenden sichert und Beschäftigte im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen ist. Darauf weisen wir seit Jahren hin.

Wir werden einen eigenen Gesetzentwurf für die Erhöhung des Vergabemindestlohns vorlegen und fordern die Koalitionsfraktionen dazu auf, zu ihrem Wort zu stehen.

Quelle: www.linksfraktion-brandenburg.de

Aus den kommunalen Fraktionen der LINKEN



alle Texte von
Fritz R. Viertel,
Vorsitzender Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Schöneiche bei Berlin,
Foto: RG-Photo.com

■ Schöneiche

Vorfahrt für Fahrrad- und Fußverkehr in der Berliner Straße

Nach intensiven Beratungen in den Fachausschüssen hat die Gemeindevertretung (GMV) im Juni über die Fortführung der Planungen zur Sanierung der Berliner Straße entschieden. Eine Mehrheit sprach sich dafür aus, dabei insbesondere die Bedingungen für den Fahrrad- und Fußverkehr zu verbessern.

Worum ging es?

Zur Debatte standen vier Varianten für die zukünftige Straßenraumgestaltung der Berliner Straße (BV 152/2020) zwischen Rüdersdorfer und Brandenburgischer Straße. Die GMV hatte zu entscheiden, welche Variante als Grundlage für die Planungen weiter verfolgt werden soll. Die Berliner Straße ist als Verlängerung der Woltersdorfer Straße ein zentraler Abschnitt für eine längere Radverkehrsrouten durch Schöneiche, die wichtige Orte wie den zukünftigen Standort einer weiterführenden Schule sowie die Musikschule und die Einkaufsmöglichkeiten in Grätzwalde, den Sportplatz, den Kleinen Spreewaldpark und das Ortszentrum verbindet. Entsprechende Planungsaufträge für die Woltersdorfer Straße

beschloss die GMV bereits im Mai 2020.

Bürgermeister für einseitigen Rad- bzw. Gehweg

Bürgermeister Ralf Steinbrück (SPD) favorisierte die Variante 2. Demnach wäre nur auf einer Straßenseite ein Gehweg, auf der anderen ein Radweg für beide Richtungen geplant worden. In der Diskussion wurde diese Variante heftig kritisiert. Denn sowohl auf der Nordseite (Sportplatz, zukünftiges „Haus des Sports“ und neues Wohngebiet), als auch auf der Südseite (bestehendes Wohngebiet, Kita) gibt es Orte, von denen ein umfangreicher Fuß- und Radverkehr ausgeht bzw. absehbar ausgehen wird. Mit Variante 2 müssten Fahrradfahrerinnen und Fußgänger – darunter viele Kinder und Jugendliche – besonders oft die Straße überqueren. Außerdem sind Nutzungskonflikte zwischen diesen Verkehrsteilnehmenden zu erwarten, wenn die Trennung zwischen Rad- und Gehwegen missachtet wird. Hinzu käme die fehlende Vorfahrt des Radverkehrs an einmündenden Querstraßen.

GMV bevorzugt mehr Platz für Fahrrad- und Fußverkehr

Besonders LINKE, GRÜNE und Schöneicher Liste befürworteten deshalb die Variante 4. Hierbei sind beidseitige Gehwege und Fahrradstreifen auf der Fahrbahn vorgesehen. Das bietet ausreichend Platz für Fahrradfahrer und Fußgängerinnen in beiden Richtungen sowie eine räumliche Trennung zwischen den Verkehrsmitteln. Obendrein hat der Radverkehr auf der Hauptstraße Vorfahrt vor dem einmündenden Verkehr aus den Nebenstraßen. Dafür wird in Kauf genommen, dass etwas weniger Platz für Parkflächen zur Verfügung steht.

In ihrer Sitzung am 24. Juni 2020 stimmte die GMV auf Antrag der Linksfraktion mehrheitlich der Variante 4 zu (13 Ja, 8 Nein, 2 Enthaltungen) und folgte damit der einstimmigen Empfehlung des Verkehrsausschusses. Damit werden die Planungen für die Sanierung und Umgestaltung der Berliner Straße auf dieser Grundlage fortgeführt. Dagegen stimmten neben dem Bürgermeister die Fraktionen SPD, CDU und UBS.

Schluss mit Warten: 10-Minutentakt der Straßenbahn startet im Oktober

Lange wurde diskutiert und eigentlich ist es politisch unumstritten: Der Einstieg in den 10-Minutentakt der Straßenbahn. Bereits im Mai sollte es losgehen.

Einen Vertragsentwurf zwischen Gemeinde und der Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH legte Bürgermeister Ralf Steinbrück (SPD) im März der GMV zur Genehmigung vor. Doch dann kam Corona und

der Bürgermeister zog den Vertrag auf unbestimmte Zeit zurück.

Nun startet der 10-Minutentakt im Oktober 2020. Zunächst nachmittags im Berufsverkehr wird es dann zu jeder (regulären) S-Bahn in Friedrichshagen einen direkten Anschluss per Tram nach Schöneiche (bis Haltestelle Jägerstraße) geben. Die bisherige Wartezeit entfällt. Diesen Kompromiss beschloss die GMV am 24. Juni auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BBS/FDP/SCHÖN und UBS (16 Ja, 3 Nein, 3 Enth.).

Der ursprüngliche Vorschlag, schon nach den Sommerferien im August/September in das verbesser-

te Angebot einzusteigen, hätte wegen des Widerstands von SPD und CDU keine Mehrheit gefunden. Nun kamen Gegenstimmen allein aus der Fraktion B'90/GRÜNE und NEUES FORUM.

Mit dem 10-Minutentakt sollen die Bedingungen für die Fahrgäste weiter verbessert und mehr Menschen vom Umstieg zur Straßenbahn überzeugt werden. Ziel der Gemeinde ist es, den 10-Minutentakt bald auch im morgendlichen Berufsverkehr anzubieten. Dafür soll sich der Landkreis Oder-Spree finanziell beteiligen. Die Gemeinde stellt für „ihren Teil“ des Projekts in diesem Jahr 65 000 Euro bereit.



Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Eisenhüttenstadt

Danke, geklatscht wurde genug!

Pflegerinnen und Pfleger endlich tariflich angemessen entlohnen!

Rund 100 Pflegerinnen und Pfleger sowie einige Unterstützer und Sympathisanten, versammelten sich am 17. Juni 2020 vor dem Eisenhüttenstädter Krankenhaus, um gemeinsam für eine faire Bezahlung sowie bessere Arbeitsbedingungen der Angestellten vor Ort zu demonstrieren.

Auf dem Weg zur Inselhalle, in der die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eisenhüttenstadt tagte, machten die Demonstranten, die durch die Genossinnen und Genossen vor Ort unterstützt wurden, mit Schildern, Fahnen und Trillerpfeifen auf die Missstände im städtischen Krankenhaus aufmerksam. Denn auch 30 Jahre nach Wiedervereinigung scheint eine Lohnangleichung für das Pflegepersonal vor Ort nicht in Sicht. Zwar gelang es Ver.di 2008 im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) den Tabellenlohn auf das Westniveau anzuheben, doch kurz darauf begannen die Arbeitgeber mit der Tariffucht. Somit ist heute kein einziges Krankenhaus in Brandenburg mehr an den TVöD gebunden.

Nachdem sich die Zustände im Eisenhüttenstädter Krankenhaus immer weiter verschlechterten, gelang es der Belegschaft 2017 zumindest einen Haustarifvertrag zu erkämpfen, der fortan weiterverhandelt werden sollte. Gerade in der Corona-Krise wurde den Menschen bewusst, wie wichtig ein gutes Gesundheitssystem ist, doch hier zeigten sich auch schnell die Fehler der Politik der vergangenen Jahre. Immer weniger Pflegekräfte für mehr Patienten und Pflegebedürftige, schlechte Arbeitsbedingungen sowie niedrige Löhne und die Maxime, dass sich alles rechnen müsse, machen sich nun bemerkbar. Da helfe auch nicht das kurz anhaltende Klat-schen der Gesellschaft oder ein einmaliges Trinkgeld (Coronaprämie), so die Belegschaft des Eisenhüttenstädter Krankenhauses. Vielmehr ginge es darum, dass die Arbeit der Pflegerinnen und Pfleger

endlich anerkannt werde und der Pflegeberuf endlich aufgewertet wird.

Doch schaut man sich das letzte Tarifangebot des Arbeitgebers an, kann man nicht von Anerkennung oder Aufwertung der Arbeit sprechen. So liegt der Tabellenlohn der untersten Gehaltsstufe noch nicht einmal auf Höhe des Vergabemindestlohns in Brandenburg (10,86 Euro pro Stunde). Auch bei den höheren Gehaltsstufen sehe es kaum besser aus, erklärt der Cottbusser Verdi-Gewerkschaftssekretär Ralf Franke. Eine Pflegefachkraft in der Psychiatrie verdient demnach beispielsweise 830 Euro weniger als ihre Kollegen, die in einem Haus mit TVöD angestellt seien. Dabei wäre das Geld für eine bessere Entlohnung der Arbeit vorhanden, habe das Krankenhaus doch vor kurzem erst einen Überschuss von zwei Millionen erwirtschaftet.

An der Inselhalle angekommen, übergaben die Demonstranten dem Bürgermeister Frank Balzer (SPD) etwa 260 Unterschriften, die die Ver.di Forderungen unterstützen. Vor allem wurde erwartet, dass der Bürgermeister als Vertreter des Gesellschafters Stellung bezieht – doch auch hier nur Fehlanzeige. Zwar wolle er den Geschäftsführer wieder an den Verhandlungstisch

bringen, doch in die Tarifverhandlungen selbst wolle er sich nicht einmischen.

Auch wenn es sich nicht abzeichnet, dass die Belegschaft des Eisenhüttenstädter Krankenhauses auf die Unterstützung des Bürgermeisters und seiner Fraktion zählen kann, so wird jedoch DIE LINKE vor Ort weiterhin an der Seite der Pflegerinnen und Pfleger für eine gerechte Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen eintreten.

Unsere Genossinnen und Genossen zeigen sich solidarisch mit der Belegschaft und unterstützen sie beim Streik.



von Tobias Präkels, Vorstandsmitglied der Basisorganisation DIE LINKE Eisenhüttenstadt
Fotos: privat



DIE LINKE. Sondernewsletter vom 16. Juli 2020: LINKS BEWEGT – unser neues Online-Magazin

Egal ob im Alltag oder im Urlaub, im Park oder in der U-Bahn: unser neues Online-Magazin LINKS BEWEGT ist immer mit dabei. Darin stellen wir Menschen vor, die vor Ort für bezahlbare Mieten, gute Löhne und bessere Pflege kämpfen. Wir berichten über aktuelle Themen und Aktionen, und geben Tipps und Argumentationshilfen: Wie bietet man rechten Parolen Paroli? Wie machen wir linke Kommunalpolitik stark? Dazu eine Portion linker Popkultur, mit Buch- und

Filmkritiken, Events und einem Online-Quiz.

Wie so viele Veranstaltungen konnte auch der Red Media Day in diesem Jahr pandemiebedingt nicht regulär stattfinden. Weil das Bedürfnis nach Weiterbildung und Vernetzung im Bereich digitaler Kommunikation gerade in Zeiten von Corona besonders stark ist, haben wir uns dazu entschieden, die Konferenz in diesem Jahr virtuell stattfinden zu lassen. Weitere Informationen zu den Workshops gibt es weiter unten.

Wer in den kommenden Wochen gemeinsamen Austausch und Diskussion sucht, findet unten eine Auswahl an Online-Veranstaltungen. Außerdem sind unsere Veranstaltungsreihen „DIE LINKE in Corona-Zeiten“, der Frühlingsakademie 2.0 und der Feministischen Reihe nun auch zum Nachschauen auf unserer Webseite verfügbar. Damit verabschieden wir uns in die Sommerpause. Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern eine schöne Ferienzeit. Bleiben Sie gesund!

Aus dem Kreisvorstand Oder-Spree



von
Christopher Voß,
Fürstenwalde,
Vorsitzender
DIE LINKE Oder-
Spree

Foto: DIE LINKE
Oder-Spree

■ Krankenhausbeschäftigte gehören in den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst

DIE LINKE nimmt Teil an Vorbereitungen auf den heißen Herbst

In der Pflege in Deutschland herrscht Notstand. In den Krankenhäusern sind seit Jahren Stationen unterbesetzt. Wenn die Arbeitsbelastung steigt, steigt auch das Risiko im Krankenhaus zu sterben: Etwa 15 000 Menschen sterben in einem „normalen“ Jahr in Deutschland an Krankenhausinfektionen. Die Hälfte könnte durch bessere Hygiene verhindert werden. Im Alltag auf Station reicht oft die Zeit nicht einmal für die Desinfektion der Hände. Pflegekräfte halten den Stress nicht mehr aus und werden krank oder verlassen den Beruf. Jahrelang wurden die Krankenhäuser auf Markt und Profit zugeschnitten: Die Betten und Stationen müssen fast immer ausgelastet sein. Wenn der Bedarf dann steigt, gibt es keine Reserven. Das ist schlechte Politik, die tausende Menschen das Leben kosten kann.

Anstehende Tarifeinsetzungen

Die sinkenden Steuereinnahmen sind für die anstehende Tarifrunde bei Bund und Kommunen schlechte Vorzeichen. Die Gewerkschaften Verdi sowie DBB Beamtenbund und Tarifunion (Dachverband von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors) haben deshalb im Juni bei Sondierungsgesprächen

mit den Arbeitgebern ausgelotet, ob angesichts der Krise vom üblichen Fahrplan abgewichen werden kann. Ziel der Arbeitnehmerseite war es, sich kurzfristig auf eine Übergangsvereinbarung zu verständigen, um die Einkommensrunde hinter die Coronakrise zu schieben.

Die kommunalen Arbeitgeber streben jedoch eine konfliktorientierte Tarifrunde an, so dass der traditionelle Verhandlungsmarathon mit der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände und dem Bundesinnenministerium im September beginnen wird. So versucht die Arbeitgeberseite die derzeitige schlechte Verhandlungsposition der Gewerkschaften für sich nutzen zu können.

Auf der anderen Seite arbeiten viele der Coronahelden, denen in den vergangenen Monaten Respekt gezollt, wurde im Öffentlichen Dienst, etwa in den Gesundheitsämtern oder in städtischen Kliniken. Sie haben nicht nur ideale sondern auch materielle Anerkennung verdient. Jetzt sind reale Einkommenszuwächse nötig, um die Kaufkraft und damit die dringend benötigte Binnenkonjunktur zu stärken. Zudem ist es wichtig Anreize zu schaffen, um 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Altenheimen und Krankenhäusern gewinnen zu können.



Vermögensungleichheit in Deutschland noch extremer

Vor diesem Hintergrund braucht es politische Kämpfe für eine stärkere Besteuerung hoher Vermögen, Einkommen und Erbschaften, um das privat akkumulierte Kapital sinnstiftend dem Gesundheitswesen zuführen zu können.

Eine im Juli vorgestellte Studie des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zeigt ein erschreckendes Ergebnis auf: Die oberen zehn Prozent der Bürger besitzen gut zwei Drittel des Nettovermögens. Allein das reichste Prozent der Bevölkerung vereint rund 35 Prozent des Vermögens auf sich. 1,5 Prozent der Erwachsenen in Deutschland besitzen ein individuelles Nettovermögen von mindestens einer Million Euro.

Auch in Oder-Spree Druck aufbauen!

Als LINKE müssen wir uns auf diesen Herbst vorbereiten, in dem wir auf Gewerkschafter*innen aktiv zugehen und unsere Unterstützung auf verschiedenen Ebenen anbieten. In erster Linie heißt das, vor Ort sichtbare Signale zu setzen und Druck zu machen. Bereits im Juli begannen einige GenossInnen, die Aufmerksamkeit auf die anstehenden Auseinandersetzungen zu erhöhen.

So veranstalteten wir am 16. Juli in Beeskow eine Mahnwache in der Nähe des kommunalen Krankenhauses in Beeskow, um auf verschiedene Forderungen für ein besseres Gesundheitssystem aufmerksam



Mahnwache in der Nähe des Krankenhauses Beeskow, Fotos: DIE LINKE/Willi Wallroth

zu machen. Anschließend wurden noch viele Windschutzscheiben mit Flugblätter und Zeitungen versorgt.

Für die Krankenhausstandorte in Beeskow und Eisenhüttenstadt

geht es aber erst einmal darum, in den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVÖD) zu gelangen. Die Hausrate beider Krankenhäuser hinken weit hinter dem

Lohnniveau des TVÖD zurück und das gerade in Regionen, die wo die Kaufkraft mehr stabilisiert werden muss. Damit muss Schluss sein!

■ Was lesen Widerspruch-Leser noch so?

Auswertung der Umfrage unter Leser*innen und Mitgliedern der LINKEN

Die Mediennutzung und damit auch das Leseverhalten verändern sich mit der Zeit, so auch unter den Mitgliedern und Sympathisantinnen der LINKEN. Die Redaktion des Widerspruchs und der Kreisvorstand der LINKEN in Oder-Spree wollten es genauer wissen: Was gefällt den Leser*innen und Lesern, was weniger? Über welche Themen sollte mehr berichtet werden? Und über welche anderen Medien informieren sie sich über linke Themen? Und wie ist es generell mit dem Medienverhalten?

Gefragt wurden Leser*innen des Widerspruchs und die Mitglieder der LINKEN in Oder-Spree. Insgesamt haben sich 60 Interessierte an der Umfrage beteiligt. Aus den Antworten ergab sich, dass gedruckte Medien generell für diejenigen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, eine größere Rolle spielen als das Internet. So gaben zwei Drittel an, sich täglich über das Fernsehen zu informieren. Die Hälfte von ihnen konsumiert dazu täglich gedruckte Zeitungen, aber nur ein Drittel informierte sich täglich im Internet. Und nur 9 von 60 gaben an, täglich auch Facebook als Informationsquelle zu nutzen.

Zu den weiteren allgemeinen Zeitungen, die täglich gelesen werden, zählte für etwa die Hälfte der Befragten die *Märkische Oderzeitung (MOZ)*, und damit mit großem Abstand zu anderen Zeitungen. Weitere (8 und 10 Nennungen) lesen die *MOZ* oft bis gelegentlich. 54 von ihnen lesen neben dem *Widerspruch* weitere linke Tageszeitungen. Am häufigsten wurde hier das *neue deutschland* genannt, das von fast der Hälfte sogar täglich konsumiert wird. Von anderen oft bis gelegentlich. Unter den weiteren linken Zeitungen kam nur die *junge Welt* und *taz* auf mehr als fünf Nennungen insgesamt.

Ein weiterer Fragenkomplex bezog sich auf die inhaltliche Gestaltung des *Widerspruchs*. Hier wurden am häufigsten Berichte aus der

Kreistagsfraktion und des Kreisverbandes als interessant und sehr interessant eingestuft, gefolgt von Berichten aus den Ortsverbänden und Artikel über Demonstrationen und Aktionen. Artikel aus Bundestag und Landtag wurden auch von vielen als „interessant“ bewertet (29 und 26 Nennungen), jedoch weniger als „sehr interessant“ (17 und 15 Nennungen). Die Frage, ob mehr über die Kreistagsarbeit berichtet werden sollte, beantworteten 42 mit Ja.

Daraus lässt sich ableiten, dass vor allem die regionale Berichterstattung und der genauere Einblick in die Arbeit der Kreistagsfraktion und der LINKEN vor Ort von Interesse ist, denn über diese ist auch außerhalb des *Widerspruchs* nur wenig zu lesen, während Bundes- und Landespartei über Newsletter und andere Medien wahrgenommen werden. Dies wurde von einigen Befragten auch so formuliert, die sich bei den Veränderungen für den *Widerspruch* weniger allgemeines wünschen, sondern mehr konkrete Berichterstattung von vor Ort und über konkrete Aktivitäten der MdB, bzw. über die Verbindung von der Bundesebene zur lokalen Ebene.

Unter den Themen, die den Befragten fehlten, wurden unter anderem fundierte Beiträge zur Einordnung des aktuellen Zeitgeschehens gewünscht, mehr kritische Auseinandersetzung über Diskussionen innerhalb der LINKEN aber auch mehr Berichte über internationale Solidarität und globale Ereignisse.

Neben dem Inhaltlichen wurde auch das Praktische abgefragt wie Lesbarkeit, Farbe, Papier. Hier gab es überwiegend (44 bis 49 Nennungen) positive Rückmeldungen, doch auch die Anmerkung, dass die Schriftgröße für manch Ältere zu klein sei, und der Seitenaufbau manchmal unübersichtlich. Die meisten (46) erhalten den *Widerspruch* als gedruckte Ausgabe, von denen geben ihnen etliche (24) sogar zum Lesen weiter. Doch nur

zwei Drittel der Befragten spenden auch für den *Widerspruch*.

Der Kreisvorstand wird sich daher gemeinsam mit der Redaktion und der Kreistagsfraktion damit befassen, welche Änderungen beim *Widerspruch* zukünftig vorgenommen werden sollten und wie die Berichterstattung über die Arbeit im Kreistag und den Ausschüssen verstärkt werden kann.

Angesichts der steigenden Druckkosten, bei gleichbleibendem Spendenvolumen, muss auch über Finanzierungsfrage beraten werden. So wird diskutiert, intensiver für Spenden zu werben und parallel die Anzahl der Ausgaben zu reduzieren, dafür aber auch einen Versand per Post ins Auge zu fassen, um Mitglieder zu erreichen, die nicht mehr an Versammlungen teilnehmen. Ebenso soll die inhaltliche Aufteilung neu gewichtet werden. Der Wunsch nach mehr Berichten aus dem Kreis war aus den Ergebnissen klar ablesbar.

von
Julia Wiedemann,
Woltersdorf, Vorsitzende
DIE LINKE
Oder-Spree
und
Kerstin Labenz,
Müllrose, Mitglied
des Kreisvorstandes



von
Hagen Weinberg,
Sprecher der SODI-
Gruppen entlang der
Oder
und
Tobias Präkels,
Mitglied der AG
Patenschaften

„Eure Aktion am 28. Mai 2020 war eine prima Idee und Ansporn für die weitere Arbeit.“

Solidarität – die Zärtlichkeit der Völker

Wer sich dem Hilfsprojekt – mobile Messstation – zur Unterstützung für Tschernobylbetroffene Kinder bis zum 35. Jahrestag der Katastrophe, am 26. April 2021, mit einer Spende anschließen kann/möchte, den bitten wir, den Beitrag auf das Konto von

SODI e.V. Berlin,
ISBN:
DE33 1002 0500
0001 0201 00,
Kennwort:
Tschernobyl

zu überweisen.

Corona 2020 wird uns lange im Gedächtnis bleiben! Nach unserem Verständnis sind es die vielfältigen Begleiterscheinungen, welche noch lange nachwirken. Diese werden sich erst nach der Lockerung so richtig bemerkbar machen. Preiserhöhungen bei Dingen für den täglichen Bedarf spüren wir ja bereits. Auch hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland werden wir eine weitere Spaltung in der Gesellschaft verzeichnen. Die Beklatschten in der Coronasperrzeit sind bereits jetzt die großen Verlierer. Was schert mich das Wort von gestern.

In anderen Ländern auf unserer Erde werden die Folgen für die Menschen noch komplizierter sein, vergleichbar mit denen der Tschernobyl-Katastrophe 1986.

Somit sind wir auch schon mitten in unseren Sorgen, die sich um die Tschernobyl-Kinder und unsere Projekte ranken. Kurz vor dem 35. Jahrestag der Atomreaktor-Katastrophe 2021 hatten wir uns so viel vorgenommen. 35 000 € wollen wir für eine neue mobile Messstation bis zum 26. April 2021 zusammenbringen.

In den drei Monaten Coronaisolation konnten wir nicht viel bewegen. Uns waren die Hände gebunden. Nicht nur der SODI-Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS war es kaum möglich, den Arbeitsplan von März bis Mai abzuarbeiten. Auch die Arbeitsgruppe (AG) Patenschaften der Gesamtschule 3 mit Gymnasialer Oberstufe Eisenhüttenstadt war davon betroffen. Homeschooling, Präsenzunterricht, Prüfungen – ein Schulbetrieb, der alles andere als normal ist.

Schon im Januar hatte die AG einen Aufruf mit der Bitte um Unterstützung bei der Finanzierung der neuen mobilen Messstation an Schulen des Landes Brandenburg gerichtet und verkündet, dass sie mindestens 1 200 € dafür einbringen wird. Daneben hat die AG noch eine eigene jährliche Verpflichtung für Projekte an der Schule in Otwerschtschi (Belarusland), die finanziert werden müssen. Rund 2 500 € stehen für die AG zur Realisierung im Schuljahr an. Der Wille dazu bewegte die Schüler sehr, zumal sich bisher

schon die Mildred-Harnack-Schule aus Berlin und das Oderbruch-Schulzentrum-Neutrebbin mit eigenen Aktivitäten an dem Aufruf der AG beteiligten. Andere Schulen haben vor Corona Zusagen gemacht, die noch nicht umgesetzt wurden.

Im Mai wurde nun ein Vorhaben aus dem Aktivitätenplan für das Schuljahr 2019/2020 durch die AG kurzfristig umgesetzt. Für die Schüler*innen, die die Schule im Juni verlassen und alle Mitglieder der AG wurde noch ein Corona Bewegungsangebots-Spendenlauf entsprechend der Abstands- und Hygieneregeln organisiert.

22 Schüler*innen brachten sich ein. Die Teilnehmer*innen und ihre Sponsoren leisteten sehr gute Arbeit, um das Solidaritätskonto zu füllen. Dafür sprechen wir beiden Seiten unseren herzlichsten Dank aus.

Der Verpflichtung für 2020 ist die AG Patenschaften mit allen Maßnahmen vom September 2019 bis heute nachgekommen, konnte diese sogar überbieten. Bis zu den Sommerferien werden auf das SODI-Spendenkonto für die



Tschernobyl-Projekte 4 121,80 € überwiesen.

Ich, Tobias Präkels, werde die Schule Ende Juni mit dem Abitur verlassen, für die Nachfolger in der AG stehen im neuen Schuljahr große Anforderungen im Raum. Dazu werden wir uns intern noch austauschen, um einen guten Start ins neue Schuljahr zu schaffen.

Wie zum Anfang bereits geschrieben, wird Corona noch nachwirken. Eine Sache verspüren wir schon jetzt. Alle unsere Unterstützer*innen, die Kurzarbeitergeld bekommen, haben sich vom

Spenden weitgehend zurückgezogen. Viele überlegen jetzt erst drei Mal, wofür der Euro, der ihnen zur Verfügung steht, in der Familie benötigt wird.

Wir möchten heute nicht als Bettler auftreten, appelliere aber an unsere Frühergeborenen, die die Rente noch in voller Höhe, vielleicht sogar mit einer kleinen Steigerung im Juli, erhalten, uns in unserem Vorhaben bis April 2021 mit einem Spendenbeitrag zu unterstützen.

8 000 Kinder in der verstrahlten Tschernobyl-Zone werden da-

für sehr dankbar sein. Denn eins ist leider sicher, die Radioaktivität (geruchs-, geschmacks- und farblos) wird über unser Leben hinaus, auch künftige Generationen krank machen/schaden. Über den Einsatz einer mobilen Messstelle in der Tschernobyl-Zone aber kann vor allem Kindern geholfen werden, dass sie ein gesünderes Leben erhalten und eine lebenswerte Zukunft vor sich haben.

Seien wir gemeinsam solidarisch! Solidarität ist und bleibt die Zärtlichkeit der Völker.

Kuba beim Helfen helfen!

Kuba hilft weltweit und Schützt sich vor der Covid-19-Pandemie

Bei einem Treffen mit dem kubanischen Botschafter in Italien, José Carlos Rodríguez Ruiz, beschrieb der Gesundheitsminister dieses Landes, Roberto Speranza, die Hilfe der kubanischen Sanitätsbrigade „Henry Reeve“ (Henry Reeve, 1850–1876, us-amerikanisch-stämmiger, kubanischer Freiheitskämpfer und Brigadegeneral im Befreiungskrieges 1868–1878 gegen die spanische Kolonialherrschaft, [wikipedia.org](https://de.wikipedia.org/wiki/Henry_Reeve)) im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie als „sehr wichtig und schön“. „Sie sind in einer sehr schwierigen Zeit hergekommen“, und „die Professionalität und das Engagement eines jeden Mitgliedes hat Italien wertvolle Unterstützung gebracht“, betonte der Minister.

Drei neue Kontingente der medizinischen Brigade „Henry Reeve“ reisten zur Bekämpfung des Coronavirus nach Sierra Leone, Äquatorialguinea und São Tomé und Príncipe. Bis heute nehmen neun afrikanische Nationen die Dienste kubanischer Ärzte, die auf Katastrophen- und Epidemiesituationen spezialisiert sind, in Anspruch. 115 Ärzte und Krankenschwestern trafen einige Tage später in Aserbaidschan ein, dem 35. Land, das kubanische Hilfe im Kampf gegen Covid-19 erhielt.

Während die Pandemie weltweit voranschreitet und trotz der von den Vereinigten Staaten inszenierten Verleumdungskampagnen, die das kubanische Gesundheitssystem und seine medizinischen Missionen in Misskredit bringen sollen,



#CubaSalva – Kuba rettet
Zeichnung: OsvaI, Juventud Rebelde

ist sich die Welt nach wie vor der Bemühungen des kubanischen Gesundheitspersonals bewusst.

Die Organisation der Solidarität mit Kuba, in Frankreich „Cuba Linda“ zum Beispiel, hat die kubanische Medizinerbrigade „Henry Reeve“ für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. In knapp acht Wochen ist aus der Initiative eine internationale Kampagne geworden, die von mehr als 160 Organisationen in 22 Ländern, darunter Deutschland, die Vereinigten Staaten, Griechenland und Argentinien, unterstützt wird.

Auch mehr als 60 führende deutsche Wissenschaftler und Kulturschaffende forderten die Bundesregierung auf, sich für „das Ende der

Blockade“ der USA gegen Kuba einzusetzen und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit der Karibikinsel fortzusetzen. „Unterdessen fährt die Regierung von Donald Trump fort, dem Völkerrecht widersprechend ihre Sanktionen gegen Kuba zu verschärfen“, wie die Petition (siehe Randspalte) unterstreicht.

Das US-Außenministerium hat bei mehreren Gelegenheiten versucht, die Ankunft medizinischer Hilfsgüter in Kuba zu verhindern, die für die Bekämpfung der Pandemie unerlässlich sind, wobei absichtlich die Tatsache ignoriert wurde, dass auch Kuba, wie viele andere Länder, immense menschliche und wirtschaftliche Ressourcen

von
Rainer Lindemann,
Arbeitsgemeinschaft
Cuba Sí in der Partei
DIE LINKE

Zur Petition (Text, Unterschriften im Internet)
www.change.org/p/bundesregierung-deutschland-mit-europa-f%C3%BCr-ein-ende-der-blockade-gegen-kuba-ccf890ce-32b7-4a18-bd19-3fac6403a029

DOKUMENTIERT

Entscheidungsträger-Antwort:

Antwort von Dr. Diether Dehm

Mitglied des Bundestages, Fraktion DIE LINKE

9. Juli 2020 – Die kubanische Bevölkerung leidet seit mittlerweile 60 Jahren an der menschenverachtenden Blockade der USA. Kuba hilft anderen Ländern beim Kampf gegen das Coronavirus, doch Trump setzt Kuba auf die Liste von „Terrorstaaten“ und blockiert Lieferungen von Medikamenten und medizinischen Rohstoffen. Die Sanktionen sind laut UN und EU völkerrechtswidrig!

Ich fordere die Bundesregierung auf, den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft dafür zu nutzen, dass sich die Europäische Union geschlossen gegen die Blockade der USA und gegen die Sanktionen gegen Drittstaaten, die mit Kuba Handel betreiben, stellt. Auch als aktuelles Mitglied im UN-Sicherheitsrat sollte sich die Bundesregierung gegen die Kuba-Blockade positionieren und sich für ihre Beendigung einsetzen.

Quelle: www.change.org

mobilisieren muss; es muss Treibstoff, Nahrungsmittel und Medikamente kaufen, um mit dem Covid-19 fertig zu werden.

Im Juni setzte Außenminister Mike Pompeo die kubanische Finanzagentur FINCIMEX auf die schwarze Liste kubanischer Unternehmen, denen der Handel mit US-Unternehmen untersagt ist. Diese Entscheidung stellt ein ernsthaftes Hindernis für die Abwicklung von Geldtransfers nach Kuba über Western Union dar.

Die Sanktion gegen FINCIMEX wurde als Teil von sieben neuen Ergänzungen zur Liste der kubanischen Restriktionen unterliegenden Unternehmen des Außenministeriums verkündet, die auch drei Hotels, zwei Tauchzentren und einen maritimen Park umfasst. Laut Pompeo wird diese Entscheidung „dazu beitragen, den Versuchen des Regimes, den Devisenfluss zu kontrollieren, entgegenzuwirken.“

Ein Artikel in der Washington Post vom 11. Juli bestätigte, dass

Kuba trotz seiner Schwierigkeiten „effizient und energisch reagiert, wenn es von einem Hurrikan oder einer Pandemie heimgesucht wird“.

100 Tage nach dem ersten Fall einer Covid-19-Infektion in Kuba kann man sagen, dass die größte der Antilleninseln den Kampf gegen die Pandemie dank der staatlichen Verwaltung, seines Gesundheitssystems und des Niveaus der Disziplin seiner Bevölkerung gewonnen hat. All dies wurde trotz der von den Vereinigten Staaten verhängten permanenten Blockade erreicht, dem Land, das innerhalb von 100 Tagen 3,4 Millionen Infektionen und die Zahl 137 000 Verstorbene überschritten hatte und nun 57 794 Neuinfektionen und 426 neue Todesfälle zu verzeichnen hat. „Trumps chaotischer Umgang mit der Krise ist gefährlich für die USA und die Welt“, verkündete die BBC vor einigen Wochen. In der Washington Post hieß es: „Wenn die größte Insel in der Karibik von einem Hurrikan oder einer Pandemie heimgesucht wird, reagieren ihre Führer unverzüglich.“



Screenshot aus Video vom Ausladen des Containers. Quelle: <http://www.canalaribe.irt.cu/icap-recibe-donativo-del-movimiento-de-solidaridad-con-cuba-en-alemania/>

Der Container wurde am 7. Mai von Cuba Sí-Mitstreitern gepackt und auf die Seereise nach Kuba geschickt. Am 8. Juli wurde er in Havanna ausgepackt. In ihm befanden sich – entsprechend Absprachen mit den kubanischen Partnern – u.a. dringend benötigte medizinische Geräte (Narkosegerät, Beatmungsgeräte, Zubehör für Beatmungsgeräte, Atemgasanfeuchter, Phototherapielampe, Transkutaner Blutgasmonitor, EKG-Gerät), 20 Digital-Thermometer und sonstige medizinische Verbrauchsartikel, 55 Rollatoren, 27 Rollstühle, 20 Paar Gehhilfen, Berufsbekleidung für das Krankenhaus, Handtücher, Bettlaken, Bettbezüge und Kopfkissenbezüge. – Kuba und Cuba Sí sagen nochmal „Muchas Gracias“ an allen die uns unterstützt haben. Vielen Dank auch an die kubanische Botschaft in Deutschland für die Unterstützung.

BEI ANDEREN GELESEN

Ein italienisches Kind dankt den kubanischen Medizinern

Eines nachmittags sahen die kubanischen Brigadisten in Crema, Lombardei, beim Verlassen des Hostels ein Kind im Alter von vier Jahren auf der gegenüber liegenden Seite, allein, mit einer kleinen kubanischen Flagge in den Händen. Am nächsten Tag um die gleiche Zeit war das Kind wieder da. Und am folgen-

den auch wieder, immer mit der kleinen Fahne.

Sie haben nachgeforscht. Tatsächlich beobachteten die Eltern das Ganze aus der Nähe, sie leben nur wenige Meter entfernt. Der Name des Kindes ist Alessandro, es wurde, so könnte man sagen, zu einem Vorreiter einer Gruppe von Kindern, die begann, sich täglich zur gleichen Uhrzeit dem Hostel gegenüber zu versammeln. Sie zogen an ihren Eltern, nicht umgekehrt, die Eltern an ihnen. Und sie veranlassten die Eltern, Fahnen von Kuba und Italien zu tragen. Das wurde schon zu einer Tradition.

Die Bürgermeisterin, Stefania Bonaldi, eine einfache Frau wie ihr Leute, hat mir das so erklärt: „Die Bewohner von Cre-

ma waren sehr überrascht und danken diesen Ärzten, dass sie den Ozean überquert haben, um nach Italien zu kommen und diesem Volk zu helfen. Dies hat ihnen große Zuversicht verliehen“.

Heute (30. April 2020) machten die Brigadisten dem Kind ein Geschenk. Sie überquerten die Straße, und gaben ihm einen Kettel in seiner Größe, einen Nasenmundschutz (den weder es selbst noch die anderen Kinder aufgesetzt haben) und ein Stethoskop. Ich weiß nicht, wie sich das entwickelt, aber irgendeine Überraschung wird uns die Zukunft bescheren.

Enrique Ubieta
(übersetzt von Angelika Becker)

Quelle: www.facebook.com/enrique.ubieta



Kuba hat den Kampf gegen Covid-19 gewonnen, muss aber seinen Kampf zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit seiner Bevölkerung fortsetzen. Diese Situation ist nach den enormen Ausgaben, die zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie getätigt wurden, schwieriger und komplexer geworden. Hinzu kommt die ständige Verschärfung der Blockade.

Die Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí in der Partei DIE LINKE wird deshalb weiterhin Hilfsprojekte zur Entwicklung des kubanischen Agrarsektors entwickeln, um die Ernährungssicherheit der Bevölkerung zu fördern und den Auswirkungen der unmenschlichen Blockade, die die Vereinigten Staaten gegen das kubanische Volk verhängt haben, entgegenzuwirken.

Helft Cuba Sí dabei, Kuba zu helfen!

Sonderspendenkonto der Partei DIE LINKE/Cuba Sí

Empfänger: DIE LINKE/Cuba Sí
IBAN:

DE06 1005 0000 0013 2222 10

BIC/SWIFT-Code:

BE LA DE BE XXX

Verwendungszweck:

Kuba muss überleben/KRH2019

Die Schulen meines Lebens

Professor Dr. Dieter Radtke blickt auf 95 Jahre erfülltes Leben zurück

Dieter Radtke wurde 1925 als Sohn eines Dorfschullehrers und einer Bauerntochter in Masuren geboren. Mit zwei Brüdern wuchs er auf. Die Eltern schickten ihn auf das Gymnasium in Angerburg (heute Węgorzewo). Sie wollten eine gute Bildung für ihre Söhne.

Doch der Bildungsweg endete für Dieter Radtke abrupt. Eine Woche vor dem Abitur, im Sommer 1943, der barbarische Krieg tobte schon vier Jahre, wurde auch der 18-jährige zur Wehrmacht eingezogen. Nach kurzer Grundausbildung kam er im Frühjahr 1944 zum ersten Fronteinsatz, nach Wjasma, zwischen Smolensk und Moskau, wo es schon 1941, beim Überfall auf die Sowjetunion, heftige Kämpfe gegeben hatte. Aber die Rote Armee rückte nun vor – unerbittlich. Der deutschen Wehrmacht blieb nur der Rückzug. Sie hinterließ verbrannte Erde. Dem jungen Soldaten kamen, als die Berichte über das Attentat gegen Hitler vom 20. Juli 1944 eintrafen, erste Zweifel. Von da an ging es rückwärts. Durch das zerstörte Warschau nach dem Aufstand. Das Grauen, das er dort sah, lässt sich nicht in Worte fassen. Von November 1944 bis Februar 1945 wurde der junge Unteroffizier noch einmal auf eine Kriegsschule geschickt. Danach wieder an die Front zum Einsatz. Im März an die Oder, im April nach Berlin. Die jungen Soldaten wurde in eine unsinnige Schlacht geworfen. Schwere Kämpfe erlebten sie am Berliner Ost- und Postbahnhof, dann in einem Flakbunker am Friedrichshain. Schließlich wurden sie bis vor das Brandenburger Tor getrieben. Dort versteckten sie sich in einem Keller gegenüber dem Hotel Adlon. Die Waffen hatten sie längst weg geworfen. Als die sowjetischen Soldaten sie aus dem Keller holten, ahnte keiner, was ihm bevorstand. „Nur der Friedfertigkeit russischer Soldaten ist es zu danken, dass ich überlebt habe“, so Dieter Radtke.

In großen Kolonnen von Kriegsgefangenen ging es zu Fuß den Weg zurück an die Oder. Über Küstrin nach Frankfurt. Von da aus in Waggons bis ins Kriegsgefangenenlager in den Ural. Schwere Arbeit in Schächten und Erzbergwerken. Der Hunger war groß. Aber als er im Lager schwer erkrankte, behandelte ihn der sowjetische Lagerarzt mit dem raren Penicillin. Nur deshalb habe er überlebt. „Das war das größte Geschenk meines Lebens. Da begann für mich das Umdenken“, so der heute 95-jährige.

In den Lagern gab es Aufklärung und Schulungen durch deutsche Antifaschisten. Die Teilnahme war freiwillig. „Aber

ich habe alles aufgesogen wie ein Schwamm. Endlich wieder lernen, und begreifen, was uns in die Katastrophe geführt hat“ so Dieter Radtke. Im Frühjahr 1949 konnte er die Antifa-Schule im Zentrallager für deutsche Kriegsgefangene nahe der Stadt Gorki besuchen. „Wir hatten gute Lehrer, unter ihnen Jupp Angenfort, der in der BRD 1955 wegen Mitgliedschaft in der KPD angeklagt und zu einer fünfjährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde, und Wolf-

gang Kiesewetter, später stellvertretender Außenminister und Botschafter der DDR. Da begann mein eigentlicher politischer Werdegang. Als ein von der Nazi-Ideologie verführter junger Mann bin ich hineingegangen und als Kommunist wieder herausgekommen. Diese Antifa-Schule in der Sowjetunion war die eigentliche Schule meines Lebens“, so der 95-jährige Genosse Radtke heute. „Die russische Sprache hat man uns übrigens nicht beigebracht. Man wollte so wohl die Flucht aus den Lagern verhindern.“ Nach viereinhalb Jahren, im Dezember 1949, wird Dieter Radtke aus der Gefangenschaft entlassen. Am 22. Dezember landet er wieder in Frankfurt (Oder). Von dort fährt er zu seinen Eltern, die nach der Flucht aus Ostpreußen inzwischen in Thüringen eine Heimat gefunden haben.

Sein jüngerer Bruder studiert bereits am Institut für Lehrerbildung in Eisenach. Am 1. Januar 1950 bewirbt sich Dieter Radtke dort zur Russischlehrer-Ausbildung. Neulehrer werden gebraucht. Bereits ab September steht er vor einer Schulklasse in einer Knabenschule in Heiligenstadt im Eichsfeld. „Ich habe mit meinen Schülern gelernt, manchmal hatte ich nur eine Lektion Vorsprung. Aber es hat Spaß gemacht, ein neues Land aufzubauen. Wir waren jung und voller Enthusiasmus dabei. Im November 1950 bin ich als Mitglied in die SED aufgenommen worden.“ Bereits zum Schuljahr 1951/52 wird der 26-jährige in Heiligenstadt als Schulleiter in einer Oberschule eingesetzt, nachdem



Bürgermeister Axel Hylla, Bad Saarow, zu Gast beim Jubilar, Prof. Dr. Dieter Radtke, der am 17. Juli 2020 seinen 95. Geburtstag feierte.

Text und Foto: Margot Ziemann

sich der bisherige Schulleiter „abgesetzt“ hatte. Aber er fühlt sich unsicher, will studieren, um beruflich richtig Fuß zu fassen. 1951, bei einem Vorbereitungskurs für einen Dolmetscher-Einsatz zu den Weltfestspielen der Jugend in Berlin, lernt er seine spätere Frau Elfriede kennen. Auch sie ist Neulehrerin. Sie liebt die russische Sprache ebenso wie er, weil sie als Kind in der Ukraine gelernt und nach dem Krieg bereits als Dolmetscherin für deutsche Behörden gearbeitet hat. Später war sie Russischlehrerin an der Hansa Schule in Stralsund. Dieter Radtke kommt für 5 Jahre zum Studium der Slawistik an die Universität Greifswald. Seine Frau folgt ihm. Nach dem Studium bleiben sie als Sprachlehrer und Lektoren für russische Sprache an der Uni. Ein halbes Jahr geht er für wissenschaftliche Arbeiten nach Moskau. 1964 verteidigt er seine Dissertation zu einem sprachwissenschaftlichen Vergleich. 1973 wird er als Professor ordiniert und habilitiert sich 1971 in der russischen Sprachwissenschaft. Viele Jahre hat er als Direktor der Sektion Sprach- und Literaturwissenschaft wesentlich zur Profilierung des Forschungs- und Lehrbereiches Slawistik an der Universität Greifswald beigetragen. Seine Hochschul-Lehrbuchreihe „Die russische Sprache der Gegenwart“ findet noch heute ihren festen Platz in der studentischen Ausbildung.

Heute leben die Radtkes in der Nähe ihrer Töchter in Bad Saarow.



20. 6. 2020, Berlin: Trotz strömendem Regen versammelten sich zahlreiche Studierende und Unterstützer, um für Sozial- und Bildungsgerechtigkeit zu demonstrieren. 500 Euro reichen hinten und vorne nicht. Während für die Rüstungsindustrie und die Lufthansa Milliarden bereitgestellt werden, müssen 1 Million Studierende sehen wo sie bleiben. Die Linksfraktion im Bundestag setzt sich weiter für die Studierenden ein, damit diese nicht in die Verschuldung oder gar zum Studienabbruch getrieben werden. Foto: Linksfraktion/Olaf Krostitz

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr,
Di. 10–12 u. 15–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr,
und nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Di. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: eisenhuettenstadt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

Die Geschäftsstellen des Kreisverbandes Oder-Spree in Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt bleiben auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Erreichbarkeit ist über Telefon zu den oben aufgeführten Sprechzeiten der Kreisgeschäftsstellen gewährleistet, ebenso der E-Mail-Kontakt.

Aktuelles zu Aufhebung oder Änderungen dieser umfangreichen Beschränkungen erfährt Ihr auf unserer Internetseite:

www.dielinke-oder-spree.de

Veranstaltungstermine der LINKEN

- 26. 9., 09.30 Uhr, Erkner, Stadthalle
Wahl der Vertreter*innen des Kreisverbands Oder-Spree für die Landesvertreter*innenversammlung zur Bestimmung der Landesliste zur Bundestagswahl
- 26. 9., 11.00 Uhr, Erkner, Stadthalle,
Nominierung der Bundestagsdirektkandidatur Wahlkreis 63 – Landkreis Oder-Spree/Frankfurt (Oder),
Gastrednerin Amira Mohamed Ali, Vorsitzende Bundestagsfraktion DIE LINKE

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 15. 9., genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im August/September 2020

- Kreisausschuss 12. 8., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Atrium des Landratsamtes
- Jugendhilfeausschuss 20. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Atrium des Landratsamtes
- UAG2: Nachhaltige Entwicklung der Raum- und Siedlungsstruktur, Klimaschutz und Energie 20. 8., 17.30 Uhr, Beeskow, Frankfurter Str. 23, Burg Beeskow, Konzertsaal
- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 25. 8., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Frankfurter Straße 81, KWU, Beratungsraum
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 27. 8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Atrium des Landratsamtes
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit und Migration 1. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Atrium des Landratsamtes
- Ausschuss f. Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung 3. 9., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Atrium des Landratsamtes
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 8. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Atrium des Landratsamtes
- Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt 9. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Atrium des Landratsamtes
- Jugendhilfeausschuss 10. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Atrium des Landratsamtes
- Ausschuss für Haushalt, Finanzen/ Beteiligungen 14. 9., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Atrium des Landratsamtes
- Kreisausschuss 16. 9., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Atrium des Landratsamtes

Kreistag Oder-Spree

7. 10., 17.00 Uhr, Ort folgt

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Um die Einhaltung der Hygienevorschriften und Abstandsregeln zu garantieren, werden sachkundige Einwohner*innen und Gäste aufgefordert, ihre Teilnahme beim Kreistagsbüro 3 Tage vorher anzumelden.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 15. Tag des Vormonats; Auflage: 1 500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de

Druck: Onlineprinters GmbH, Dr.-Mack-Straße 83, D-90762 Fürth

„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Friedrich Engels – 1820-1895

Am 5. August 1895 war die „zweite Violine“, als die er sich neben Karl Marx selbst sah, verstummt. Marx, sein langjähriger Weggefährte ging ihm voraus und verließ schon 1883 die Bühne des Lebens. Aber Marx und Engels sind nicht voneinander zu trennen und isoliert zu betrachten.

Denn – so stellte im Engels-Jahr 1995 Martin Hundt (in *Utopie kreativ*, November 1995) fest: „Aber es ist unmöglich, das Werk von Marx und Engels getrennt zu sehen und zu analysieren; in nahezu allen Fällen bestehen ein unlösbarer Entstehungszusammenhang und eine gemeinsame Wirkungsgeschichte“. Doch hier soll es aus gegebenen Anlass – dem Friedrich Engels Jahr, vorrangig um den Barmer Fabrikantensohn gehen, der sich zu einem ausgewachsenen Revolutionär entwickeln sollte: 120. Geburtstag und 200. Todestag sind schon was, muss man erst mal schaffen.

Jedenfalls leicht war sein Weg nicht, denn er entstammte einem Elternhaus mit streng-pietistischen Lebensauffassungen und Vater Engels hatte keine Mühen gescheut, um seinen Sohn nach seinem Bilde zu formen; in die Kaufmannsrichtung sollte es gehen. Ganz entfliehen konnte er dem väterlichen Begehren nicht, so erhielt er 1837 eine Kaufmannsausbildung und 1842 nimmt Engels eine Tätigkeit in einem Zweiggeschäft seines Vaters in Manchester auf. Aber seine revolutionäre Ader wurde trotz allem nicht trockengelegt, im Gegenteil. Minister von Bodenschwingh sah sich nämlich im Oktober 1845 zu einer Randnotiz unter einem polizeilichen Schnüffelbericht veranlasst, um Verwechslungen vorzubeugen. „Friedrich Engels (Vater und Sohn waren namensgleich) ist ein durchaus zuverlässiger Mann, aber er hat einen Sohn, der ein arger Kommunist ist und sich als Literat umhertreibt (...)“ (siehe Ernst Engelberg in „Die Deutschen Woher kommen wir“, Seite 200 ff.) Schon ein Jahr zuvor (1844) kam es in Paris zu jener lebensverändernden und einander prägenden Begegnung zwischen Marx und Engels, die als Beginn ihrer lebenslangen Freundschaft gilt.

Frühzeitig schon auf seinem Schulwege entdeckte der begüterte Friedrich mit seinem ihm eigenen wachen sozialen Empfinden, was der Frühkapitalismus den Arbeitern antat. Er setzte seine Wahrnehmung in die Worte: „Sie atmeten mehr Kohlendampf und Staub als Sauerstoff“. Diese Eindrücke von materieller wie geistiger Verelendung sollten sich während Engels Kaufmannsausbildung in England noch verstärken. Daher mag es geradezu folgerichtig sein, dass er mit „Die

Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1845) seine erste eigenständige Publikation vorlegte.

Eine wichtige Facette in der Biographie von Engels war sein Militärdienst als Einjährig Freiwilliger (1841/42) bei der Artillerie. Später, 1849 beteiligte er sich als Adjutant von August Willich in der badisch-pfälzischen Armee aktiv an den revolutionären Kämpfen gegen Preußen. Als – Gedienter – begann er sich danach in Auswertung der Revolutionen von 1848/49 stärker mit militärischen Fragen zu beschäftigen. Er begann „Militaria zu ochen“, wie er es ausdrückte (MEW, Bd. 27, S. 553). Marx nannte ihn scherzhaft seinen „Kriegsminister“, schließlich wurde Engels zu einem auch beim politischen Gegner beachteten Militärtheoretiker. Er vereinte hier den Bruder Praxis



Marx-Engels-Denkmal an der Berliner Karl-Liebknecht-Straße, Foto: Dr. Artur Pech

und die Schwester Theorie zu einem stimmigen Geschwisterpaar. Eine Kombination die sinnbildlich so oft auch anderswo wünschenswert wäre, das sie gelänge. Nach Meinung von Prof. Georg Fülberth bestand ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden darin, dass Engels weniger ein Mann der Studierstube, sondern des Erlebten und der Praxis ist. Jedenfalls entdeckte Engels den Preußen General Carl von Clausewitz und sein Werk „Vom Kriege“ Anfang der 50er Jahre für sich. Für ihn war Clausewitz ein „Naturgenie“, den er als „Stern erster Größe“ bezeichnete,

das schrieb er am 7. Januar 1858 an seinen Freund Marx (MEW Bd. 21, S. 350). Ferner schrieb der „General“ an ihn: Ich lese jetzt u.a. Clausewitz, „Vom Kriege“. Sonderbare Art zu philosophieren, der Sache nach aber sehr gut“ (MEW Bd. 29, S. 252).

Ein anderes Feld, von 1873 bis 1882 entstand „Dialektik der Natur“, was nur ein Fragment bleiben sollte. Es ist ein Buch der Fragen, wer Antworten wolle, müsse den „Anti-Dühring“ lesen, so der Redakteur der Zeitschrift *Marxistische Erneuerung*, Gert Meier. Weiter, er polemisiert im Manuskript gegen den erstarrten Naturbegriff des 18. Jahrhunderts. Natur ist für Engels Bewegung und Veränderung. Beachtenswert, bereits damals konstatierte der – Dialektiker – wachsende Natureinflüsse in der Geschichte der Produktivkräfte; Entwaldungsprozesse, Bergbau, Auslaugung der Böden, Vergiftung der Luft, Klimaerwärmung durch Abholzung. Dass sich Flüsse in Kloaken verwandeln, habe er an der heimischen Wupper in eigener Anschauung beobachten können. Daher suchte er, Engels, in diesem Buch nach einer nichtkapitalistischen Alternative ohne dem Prinzip der Profitmaximierung folgen zu müssen, der zu Lasten der Natur geht und die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen vorantreibt. Hat hier der Fabrikantensohn, der zum Revolutionär wurde, den notwendigen sozial-ökologischen Wandel in prophetischer Weise vorgedacht?

Denn noch immer leben wir im fossilen Zeitalter.

Nach jedem Abriss folgt ein Schlussstrich, er sei wie folgt gesetzt: „Am offensichtlichsten war der Gegensatz der Temperamente. Engels, der geselliger und weniger kampflustig als Marx war, passte besser in die konventionelle bürgerliche Gesellschaft. Er (Engels) focht und ritt und liebte Musik, genoss die Gesellschaft von Frauen und trank gern ein Glas guten Weins. Andererseits war er im Gegensatz zum chaotischen Marx gut organisiert (...)“ (siehe „Weltgeschichte des Kommunismus“, David Priestland, ANACONDA, Seite. 55).

Vielleicht noch dies, nach seinem Tod vererbte Friedrich Engels den Großteil seines Vermögens der SPD. Er würde es angesichts ihrer Entwicklung und ihres derzeitigen Zustandes wohl nicht wieder tun. Aber es wäre sicher in Engels Sinne, der zwölf Sprachen aktiv und zwanzig passiv beherrschte, wenn DIE LINKE (gesellschaftlich/parteilich) sowie generell alle progressiven Kräfte angesichts der globalen Herausforderungen endlich zu einer gemeinsamen Sprache finden würden.

René Lindenau, Cottbus

von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Mitglied des Präsi-
diums des Bundesaus-
schusses der Partei
DIE LINKE;

Foto/Montage:
Dr. Artur Pech

Wir ehren Friedrich Engels indem wir uns nützen

2020 ist ein Friedrich-Engels-Jahr. Im November jährt sich sein Geburtstag zum 200. Mal und im August der Todestag zum 125. Mal. Aus diesem Anlass habe ich dem Bundesausschuss vorgeschlagen, seine Sitzung im September unter das Motto „Wir ehren Friedrich Engels indem wir uns nützen“ zu stellen. Der Bundesausschuss hat den Vorschlag angenommen.

Als Organ der Partei geht es dem Bundesausschuss dabei wenige Wo-

chen vor dem Parteitag um Schwerpunkte für die Entwicklung der LINKEN. In einer Zeit extremer Zuspitzung internationaler Konflikte rufen wir als Erstes die schon von Friedrich Engels aufgeworfene Frage auf:

Kann Europa abrüsten?

Bereits 1888 hatte Friedrich Engels vorhergesagt:

„Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich, als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kablressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen

wird ... Das ist die Aussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Überbietung in Kriegsrüstungen endlich seine unvermeidlichen Früchte trägt.“

Und wiederum fünf Jahre später – 1893 – stellte er sich Zweitens dann erneut der Frage:

Kann Europa abrüsten?

Zweitens soll es darum gehen Engels' Kritik Sozialdemokratischer Parteiprogramme für uns heute fruchtbar zu machen. Es war Friedrich Engels, der in der Debatte um den (damals neuen) sozialdemokratischen Programmentwurf 1891 Marx' Kritik des „Gothaer Programms“ veröffentlichte. Und selbst merkte er zum Entwurf von 1891 an:

„Man schiebt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich, im entscheidenden Moment, ratlos ist, daß über die einschneidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind.“

Drittens schließlich soll es darum gehen, was wir von Friedrich Engels über Migration lernen können. Seine Arbeit zur Lage der arbeitenden Klasse in England setze da Gewissermaßen einen zeitlichen Rahmen – von ihm 1845 erstmals und 1892 nochmals veröffentlicht. Da heißt es unter anderem: *„Die rasche Ausdehnung der englischen Industrie hätte nicht stattfinden können, wenn England nicht an der zahlreichen und armen Bevölkerung von Irland eine Reserve gehabt hätte, über die es verfügen konnte.“* In den letzten Wochen haben wir nun gelernt: Ohne polnische Fachkräfte funktionieren „unsere“ Krankenhäuser, ohne weitere osteuropäische Arbeitskräfte funktionieren Schlachthöfe nicht und blieben „deutscher“ Spargel, „deutsche“ Erdbeeren ungeerntet.

Genug Stoff, Engels zu befragen. Ich werde im Herbst über die Bundesausschuss-Beratungen im Widerspruch berichten.

... erklären sich höchst einfach die Vorstellungen und Ideen einer jeden Geschichtsperiode aus den wirtschaftlichen Lebensbedingungen und den, von diesen wieder bedingten, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen dieser Periode. Die Geschichte war zum ersten Mal auf ihre wirkliche Grundlage gestellt; die handgreifliche, aber bisher total übersehene Tatsache, daß die Menschen vor allem essen, trinken, wohnen und sich kleiden, also **arbeiten** müssen, ehe sie um die Herrschaft streiten, Politik, Religion, Philosophie usw. treiben können – diese handgreifliche Tatsache kam jetzt endlich zu ihrem geschichtlichen Recht.

Friedrich Engels
(MEW Bd. 19 S. 103.)

